



Siegfried Hermle | Harry Oelke (Hrsg.)

Kirchliche Zeitgeschichte_evangelisch

Band 2: Protestantismus und
Nationalsozialismus (1933–1945)



Christentum und Zeitgeschichte 7

Kirchliche Zeitgeschichte_evangelisch

Christentum und Zeitgeschichte (CuZ)

Band 7

Im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft
für Kirchliche Zeitgeschichte
herausgegeben von Siegfried Hermle und Harry Oelke

Siegfried Hermle | Harry Oelke (Hrsg.)

Kirchliche Zeitgeschichte_ evangelisch

Band 2: Protestantismus und Nationalsozialismus
(1933–1945)



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2020 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheber-
rechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und
strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Kai-Michael Gustmann, Leipzig
Coverabbildung: Lazarus-Kirche in Berlin, 1933;
© Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo
Satz: Steffi Glauche, Leipzig
Druck und Binden: CPI books GmbH

ISBN Print 978-3-374-06662-9 // eISBN (PDF) 978-3-374-06663-6
www.eva-leipzig.de

Inhalt

Zur Einführung.	7
I. Gesamtschau: Protestantismus und Nationalsozialismus (<i>Harry Oelke</i>).	11
II. Protestantismus und Politik (<i>Claudia Lepp</i>).	33
III. Gesellschaftliche Herausforderungen (<i>Gisa Bauer</i>).	53
IV. Kirchliche Ordnung und Strukturen (<i>Karl-Heinz Fix</i>).	73
V. Protestantische Milieus und Gruppen (<i>Thomas Martin Schneider</i>).	97
VI. Theologische Signatur (<i>Alf Christophersen</i>).	118
VII. A. Bildung (<i>Antje Roggenkamp</i>).	140
B. Kultur (<i>Maike Schult</i>).	151
VIII. Ökumene (<i>Andreas Müller</i>).	163
IX. Diakonie (<i>Norbert Friedrich</i>).	181
X. Christen und Juden (<i>Siegfried Hermle</i>).	200
Literaturverzeichnis.	220
Personenregister.	231

Zur Einführung

Die Geschichte von Kirche und Christentum seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ist als Kirchliche Zeitgeschichte Bestandteil des akademischen und öffentlichen Geschichtsinteresses. Denn religionsbezogene, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen der Gegenwart haben vielfach kirchliche oder religiöse Wurzeln, die in ihrer Genese weit ins 20. Jahrhundert zurückreichen. Eine differenzierte Gegenwartsdeutung bedarf somit auch des Wissens um die vorausgehende kirchliche Zeitgeschichte. Die kirchen- und allgemeinhistorische Forschung ist seit geraumer Zeit erfreulich aktiv. Somit ist es nunmehr möglich, sich auf der Grundlage der Detailstudien und partieller kirchenhistorischer Überblicksdarstellungen an eine umfassende Darstellung zu wagen.

Der vorliegende zweite Band der Reihe *Kirchliche Zeitgeschichte evangelisch* thematisiert die äußerst ambivalente Haltung des Protestantismus in der Zeit der NS-Herrschaft. Der zentrale Konflikt zwischen den NS-affinen Deutschen Christen mit der unter Ausschluss politischer Anliegen allein für Kirche und Bekenntnis agierenden Bekennenden Kirche wird im Hinblick auf seine kirchengeschichtlichen und theologischen Wirkungen analysiert. Dabei werden die Einstellungen und das Verhalten im Protestantismus zu den massiven staatlichen Verbrechen ebenso untersucht, wie die tiefgreifenden Rückwirkungen der NS-Herrschaft auf den Alltag von Christen in Kirche und Gesellschaft.

Die Publikation ist Teil einer insgesamt vierbändigen handbuchartigen Gesamtdarstellung der Kirchlichen Zeitgeschichte

des 20. Jahrhunderts aus evangelischer Perspektive: Erschienen ist bereits Protestantismus und Weimarer Republik (I) und es folgen in absehbarer Zeit Bände zur Nachkriegsepoche (III) und den Jahren des gesellschaftlichen Umbruchs vom Mauerbau bis zur deutschen Wiedervereinigung (IV).

Alle Bände sind identisch gegliedert. Somit bietet jeder der vier Bände für sich genommen eine abgeschlossene Darstellung zu einer Teilepoche der Kirchlichen Zeitgeschichte. Zusammen offerieren sie einen systematischen Zugang zu einzelnen Themenfeldern im historischen Längsschnitt. Jedes Kapitel ist in etwa gleichgewichtig und hat einen annähernd gleichen Umfang.

Für die *Nutzung* bieten die Bände verschiedene Möglichkeiten der Orientierung und eines interessengeleiteten Zugriffs. Innerhalb der Einzelbeiträge erlauben Zwischenüberschriften eine schnelle Orientierung. Wichtige Institutionen werden bei der Erstnennung ausgeschrieben und sind, sofern sie im weiteren Verlauf abgekürzt genutzt werden, in entsprechender Kurzform in Klammern ausgewiesen. Die Literaturangaben am Ende jedes Kapitels sind auf wenige grundlegende Hinweise beschränkt. Ein Gesamtliteraturverzeichnis am Ende des Bandes führt neben dieser Literatur auch noch andere themenspezifische Literatur auf. Zitate lassen sich über die ausgewählten Literaturangaben am Ende der jeweiligen Kapitel oder, wenn dort Titel nicht aufgeführt werden, über das Gesamtliteraturverzeichnis verifizieren. Das anschließende Personenregister, das durch Lebensdaten ergänzt wird, ermöglicht einen personenbezogenen Zugang.

Für die einzelnen Kapitel zeichnet jeweils eine *Autorin* bzw. ein *Autor* verantwortlich, nur in Kapitel sieben waren zwei Autorinnen tätig, was dem komplexen Themenfeld geschuldet ist.

Für die zehn Kapitel haben sich die namentlich ausgewiesenen Expertinnen und Experten aus der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte und darüber hinaus zur Mitarbeit gewinnen lassen. Sie haben sich die konzeptionellen Vorgaben des Bandes in professioneller Weise zu eigen gemacht und auf die publizistischen Erfordernisse abgestimmte Beiträge beigesteuert. Dafür und für die angenehme Zusammenarbeit gilt ihnen ebenso der nachhaltige Dank der beiden Herausgeber wie der studentischen Hilfskraft am Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Universität zu Köln, Frau Johanna Herbst, für die sorgsame Erarbeitung des Personenregisters.

Siegfried Hermle

Harry Oelke

Köln/München, im Oktober 2020

I. Gesamtschau: Protestantismus und Nationalsozialismus

1. Ausgangsbedingungen

Der Nationalsozialismus als ein totalitäres Gewaltregime mit völkischen und rassistischen Wurzeln, das rücksichtslos Verbrechen gegen die Menschlichkeit plante und ausführte, stellte beide Volkskirchen vor besondere Herausforderungen. War ein engagiertes Widerstehen von Seiten der Kirche gegen dieses skrupellose Regime nicht Pflicht? War das gezeigte, faktische Verhalten von evangelischer und katholischer Kirche aber dann nicht eher halbherzig und letztlich herrschaftsstabilisierend, da abgesehen von Unterschieden im Menschenbild gemeinsame Schnittfelder sowie die Furcht vor einer existenziellen Beschädigung der Kirchen oft zu Kooperationen führten? Fragen wie diese beschäftigen seit Jahrzehnten in kontroverser Weise die Forschung. Auch der hier vorliegende Band nimmt diesen Impuls auf und wird vom Vorhaben geleitet, das Verhältnis von Protestantismus und Nationalsozialismus strukturiert und systematisch auszuloten.

Die Gründe für die Haltung des Protestantismus zum NS-Staat weisen auf sein spannungsvolles Verhältnis zur Weimarer Republik hin. Wegen seiner starken Traditionsverhaftung an das Kaiserreich fand man im Protestantismus – abgesehen von der altersbedingt kleiner werdenden Gruppe Liberaler und der überschaubaren Zahl Religiöser Sozialisten – kaum einen konstruktiven Zugang zum demokratisch verfassten und religionsneutral definierten Weimarer Staat. Die symbiotische

Verschränkung mit dem im 19. Jahrhundert aufkommenden Nationalismus bewirkte, dass das Kriegsende 1918 wegen des damit verbundenen Untergangs des landesherrlichen Kirchenregiments von evangelischer Seite wie ein Schock wahrgenommen wurde, der über das Jahr 1933 hinaus fortwirkte. Der Friedensvertrag von Versailles wurde vehement abgelehnt und den mit der Weimarer Republik einhergehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungsschub erlebte man vielfach als bedrohlich. Diese reservierte bis ablehnende Haltung gegenüber der ersten deutschen Demokratie entsprach bei den kirchlichen Amtsträgern politisch mehrheitlich einer national-protestantischen Einstellung.

Theologisch rückten Karl Barth und die anderen jungen Vertreter der Dialektischen Theologie seit Kriegsende von den liberalen Traditionen ab und sehnten sich anstelle der menschlichen Individualität nach einem absolut gefassten und ins Unreichbare entrückten Gott. Andere fanden in den Spielarten der christlichen Tradition (Wort Gottes, göttliche Ordnungen, Luther) einen neuen sinnstiftenden theologischen Haftpunkt, ohne dass sich daraus Anknüpfungen an die Weimarer Gesellschaft hätten ableiten lassen. Eine »veritable Theologie der Demokratie« [Nowak, 229] war nicht auszumachen.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1929 spitzte sich die politische Lage dramatisch zu, zumal als Reichspräsident Paul von Hindenburg durch die Einrichtung von Präsidialkabinetten die Auflösung der Parlamentarischen Republik betrieb. Die evangelische Kirche geriet auf die politische Achterbahn. Der Protestantismus hatte die Republik zwar nicht nachweislich stützen können, das musste aber noch nicht gleichbedeutend sein mit einer Zustimmung zu Hitler, schon gar nicht in der katholischen Kirche. Die Zahl der Christen, die Hitler ablehnten,

dürfte vor 1933 in beiden großen Kirchen deutlich größer gewesen sein als die der affirmativen Stimmen.

Die Zeichen änderten sich offenkundig mit dem Jahr 1933. Als Hindenburg Hitler am 30. Januar die Kanzlerschaft übertrug, zelebrierten die Nationalsozialisten dieses Ereignis in Verzerrung der Sachlage als »Machtergreifung«. Gleichwohl markierte Hitlers Einrücken ins Kanzleramt auch für die evangelische Kirche eine Zäsur.

Was aber war die evangelische Kirche 1933? Die evangelische Kirche war ein traditionell vielschichtiges Gebilde. 1933 existierten 28 voneinander unabhängige Landeskirchen, die jeweils eigene Leitungsgremien und Verwaltungen besaßen, dazu teilten sie sich in die drei konfessionellen Lager des Protestantismus auf – lutherisch, reformiert und uniert. Obwohl die evangelische Kirchenleitung sich zunächst noch bedeckt hielt, wurde Hitler nach der »Machtergreifung« auf protestantischer Seite mehrheitlich als gottgesandte, kirchenfreundliche Alternative zum »gottlosen Bolschewismus« begrüßt. Das diktatorische Potential des Nationalsozialismus verkennend zeigte man sich – seit Ostern 1933 auch die einflussreiche Kirchenleitung Preußens – mehrheitlich begeistert über die Möglichkeit einer konsequent nationalen Politik unter der Ägide Hitlers.

2. Ideologische Herausforderungen

Lange Zeit vor dem NS-Regierungsantritt war deutlich geworden, dass der Nationalsozialismus wegen seiner zugrundeliegenden Ideologie eine fundamentale Herausforderung für das Christentum darstellte, da einzelne ideologische Elemente

dem christlichen Selbstverständnis diametral widersprachen. Die politische Idee vom Nationalsozialismus ging auf die völkische Bewegung um 1880 zurück und verschmolz u. a. rassistische, sozialdarwinistische, antisemitische, nationalistische, antikommunistische sowie antiliberalen Versatzstücke zu einem Konglomerat. Je stärker die NS-Ideologie die christliche Identität bestimmte, besonders bei den Deutschen Christen, umso schwächer fiel das christliche Problembewusstsein diesbezüglich aus.

Unmittelbar nach der ›Machtübernahme‹ gingen die Nationalsozialisten daran, das gesamte öffentliche und private Leben in Deutschland ›gleichzuschalten‹. Alle nicht ausdrücklich nationalsozialistischen Institutionen und Organisationen wurden unterdrückt und nach Möglichkeit ausgeschaltet bzw. vielfach in entsprechende NS-Organisationen überführt. Diese Maßnahmen zur institutionellen und mentalen Vereinheitlichung wurden begleitet bzw. erzwungen durch Druck und Terror.

Die Überhöhung Hitlers als ›Führer‹ half nachhaltig bei der Durchsetzung der ›Gleichschaltung‹, indem alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens (›ein Volk‹) prinzipiell auf eine omnipotente und überall präsente Führerfigur (›ein Führer‹) hin ausgerichtet wurden. Damit wurde jede Form von gesellschaftlicher Differenzierung zugunsten der nationalsozialistischen ›Volksgemeinschaft‹ aufgelöst.

Auch die Kirchen waren von Anfang an ein Ziel dieser nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik. Auf evangelischer Seite schien Hitler mit den sich in ideologischer Nähe zur NSDAP darstellenden Deutschen Christen den entscheidenden Ansatzpunkt für die politische Einebnung der evangelischen Kirche gefunden zu haben. Aber das täuschte, am Ende schei-

terte dieser Plan, da die Nationalsozialisten die theologischen und landeskirchlichen Zentrifugalkräfte innerhalb der evangelischen Kirchen nicht sachgerecht einzuschätzen wussten.

Die nationalsozialistische Politik und die daraus hervorgehenden staatlich organisierten Verbrechen basierten auf dem *Rassismus* als dem zentralen NS-Ideologem. Im Kern ging es um das seit Mitte des 19. Jahrhunderts rassenideologisch gestützte Ziel der Herausbildung des vermeintlich überlegenen »arischen Menschen« bei Eliminierung aller nicht »artgemäßen« Elemente aus dem deutschen »Volkskörper«. Die NS-Ideologen hatten in diesem Zusammenhang besonders »die Juden« als feindliches Gegenüber ausgemacht, rassenideologisches Denken verband sich nahtlos mit einem aggressiven *Antisemitismus*. In Rassendiskursen zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich die Vorstellung vom scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der »arischen« und der »jüdischen Rasse« herausgebildet, den man zwangsläufig in einem gegenseitigen Überlebenskampf münden sah. Neben der jüdischen Bevölkerung wurden mit der Rassenideologie auch gesellschaftliche und religiöse Minderheiten (Behinderte, Homosexuelle, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas u. a.) und ethnische Gruppen stigmatisiert, ausgegrenzt und schließlich verfolgt.

Der aus der marxistisch-leninistischen Ideengeschichte abgeleitete Begriff Bolschewismus, der die russlandbezogene Form des Marxismus bezeichnete, wurde von den Nationalsozialisten ideologisch zum wirkmächtigen Gegenbegriff umgeformt. Der »*Antibolschewismus*« fungierte als Kampfbegriff gegen den europäischen Kommunismus und seine Parteien. Aufgrund von besonderen Beziehungen zu Teilen der evangelischen Bevölkerung im baltischen Raum mit deutschen Wurzeln, deren nachrevolutionäre Verfolgung mit den Bolschewis-

ten assoziiert wurde, zeigten sich evangelische Kreise empfänglich für diese »antibolschewistische« NS-Propaganda. Sie gewann bei der mentalen Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf die aggressive Umsetzung der osteuropäischen Kriegspläne an Bedeutung. Von den Kirchen war eine klare Haltung verlangt, wenn es darum ging, sich zu den antimarxistischen Stereotypen zu verhalten, und auch, wenn man zu entscheiden hatte, dem Begriff im Bereich der kirchlichen Publizistik Raum zu gewähren.

Wie für eine totalitäre Ideologie charakteristisch, verbanden sich die ideologischen Versatzstücke mit allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Ihnen war ein destruktives Potential immanent. Dieses aus christlicher Perspektive zu erkennen, zurückzuweisen bzw. zu bekämpfen, war die Herausforderung und Bewährungsprobe des Christentums in der NS-Zeit.

3. Kirchenpolitische Verstrickungen

Die Ereignisse im Jahr 1933 gaben schnell zu erkennen, dass die bis dahin mühsam erhaltene binnenprotestantische Kohäsion zur Auflösung kam. Das entscheidende Kriterium war das Verhältnis der evangelischen Kirche zum NS-Staat; hier differenzierte sich das Feld der Akteure aus in diejenigen, die der Bekennenden Kirche (BK) zuzurechnen waren, und jenen der »Glaubensbewegung Deutsche Christen« (DC). Die quantitativ stärkste Gruppe waren die »Neutralen«, die aus Überzeugung nicht aktiv ins kirchenpolitische Geschehen eingriffen. Den Dissens mit den DC begriff die BK zunächst als *innerevangelischen* »Kirchenkampf« um die Leitungs- und Ordnungsstrukturen. Das antagonistische Verhältnis der bei-

den evangelischen Lager markiert aus heutiger Sicht die stärkste Herausforderung für eine gesamtprotestantische Identität seit der Reformation.

Die DC setzten von Anfang an alles daran, auch die evangelische Kirche im Sinne der NS-Ideologie umzugestalten. Für die zahlenmäßig zunächst überschaubaren oppositionellen Kräfte musste der Ausgang der vom Staat für den Juli anberaumten Kirchenwahlen für die zuvor neu gegründete Deutsche Evangelische Kirche (DEK) deprimierend wirken. Doch trotz der absoluten Mehrheit der DC (bis zu 70%) resignierte man nicht. Insbesondere der im September 1933 von Martin Niemöller gegründete Pfarrernotbund als oppositionelles Bündnis gegen den landeskirchlich teilweise gelungenen Versuch der DC, den »Arierparagraphen« auch für Pfarrer und Kirchenbeamte einzuführen, sowie die restriktiven landeskirchlichen Zusammenführungspläne des deutsch-christlichen Reichsbischofs Ludwig Müller ließen 1934 den Widerstand gegen die DC in Gestalt oppositioneller Gemeindetage (Ulmer Einung) und freier Synoden wachsen. Diese Bemühungen mündeten vom 29. bis 31. Mai 1934 in der 1. Bekenntnissynode in Barmen. Deren »Barmer Theologische Erklärung« (BTE), das theologisch bedeutsamste Dokument des Kirchenkampfes, grenzte die BK von der Häresie der DC sowie vom Totalitätsanspruch des Staates ab und bekannte sich zu Jesus Christus als alleiniger Offenbarungsquelle. Mit dem als Leitungsgremium eingesetzten zwölköpfigen Bruderrat, das im Kontrast zum Führerprinzip stand, vollzog man einen weiteren Schritt in die kirchenrechtliche Eigenständigkeit. Die 2. Bekenntnissynode am 19./20. Oktober 1934 proklamierte dann den Anspruch der BK, die rechtmäßige Leitungsinstanz der evangelischen Kirche zu sein. Ausgerechnet eine staatliche Initiative des Reichskir-

chenministers, mittels eines übergreifenden Reichskirchenausschusses die disparate Lage zu überwinden, führte 1936 schließlich zum Zerbrechen der Einheit der BK. Angesichts des Krieges traten die Streitigkeiten um die Leitung der evangelischen Kirche in den Hintergrund; deren Repräsentanz wurde jetzt von dem aus den konkurrierenden Leitungsorganen (ohne Bruderräte) paritätisch zusammengesetzten Geistlichen Vertrauensrat wahrgenommen. Das von Theophil Wurm 1941 gegründete Kirchliche Einigungswerk erreichte kriegsbedingt die erhoffte Einigung nicht.

Der sog. Kirchenkampf hatte schon früh im Ringen der Kirche um ihre Unabhängigkeit gegenüber den staatlichen »Gleichschaltungsversuchen« auch eine *kirchenpolitische* Bedeutung gehabt. Nach dem Scheitern der staatlichen Bemühungen um die Herstellung einer einheitlichen Reichskirche vollzog man seit 1935 in Teilen der Reichsregierung eine Neuorientierung in der Kirchenpolitik. Mit der Devise »Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens« ging man entschiedener gegen die Präsenz der beiden großen Kirchen im öffentlichen Leben vor, obwohl eine konsistente kirchenpolitische Strategie nicht auszumachen war. Die anfängliche politische Begeisterung auf evangelischer Seite schlug in Ernüchterung, schließlich in Enttäuschung um. Angesichts der evangelischen Zerrüttung vollzog Hitler 1937 den Abschied von einer gezielten Kirchenpolitik. Der von ihm 1939 begonnene Krieg zwang ihn zur Ausschaltung innenpolitischer Streitigkeiten. Er rief zwischen Staat und den Kirchen einen »Burgfrieden« aus, ohne dass die Restriktionen und Drangsalierungen der Kirchen aufhörten. Für sie erwuchs mit fortdauernder Kriegszeit eine Ambivalenz zwischen »staatlicher Kirchenfeindschaft und kirchlicher Staatstreue« [Lindt, 210].

Dort, wo der Nationalsozialismus den Protestantismus ideologisch herausforderte, gewann der Kirchenkampf besonders feste Züge. Das erwies sich, als mit der kirchenpolitischen Wende der Staat dazu übergang, die *quasireligiöse* Weltanschauung mit ihrem Glauben an die eigene Rasse, der Vergötterung des Staates und dem scheinbar grenzenlosen Führerkult gesellschaftlich noch offensiver und nachhaltiger zu verbreiten. Indem sich der NS-Staat gegen die Kirchen positionierte, führte das kompensatorisch zu einer Hypostase der NS-Ideologie als »Quasi-Religion«. Alfred Rosenbergs antikirchliches Blut-und-Boden-Werk »Der Mythos des 20. Jahrhunderts« avancierte jetzt zum offiziellen Weltanschauungswerk der NSDAP. Mit einer zielbewusst öffentlich platzierten politischen Religion attackierte man beide großen Kirchen. Das Rasedogma wurde verherrlicht und der Nationalsozialismus zu einem Deutschtum mit religiösem Zuschnitt verklärt (Jakob Wilhelm Hauer). Diese dritte Frontlinie des Kirchenkampfes mit ihren erkennbar politischen Implikationen ging man von Seiten der evangelischen Kirchen vergleichsweise entschieden an.

4. Kirchliche Gestaltungsräume: Diakonie und Bildung

Insbesondere Diakonie und Bildung markierten traditionell Bereiche, in denen die Kirche nicht zuletzt durch ihre institutionelle Präsenz auf dem Feld der Fürsorge bzw. der schulischen Bildung eine starke Akteurin hätte sein können. Unter den politischen Vorgaben des NS-Staats setzte schon bald ein offenes Ringen um die Deutungshoheit auf beiden Handlungsfeldern ein.

Die *Innere Mission* (IM) musste sich vor allem auf den komplizierten innerkirchlichen Konfliktfeldern der evangelischen Kirche und gegenüber der staatlichen Sozialpolitik bewähren. Kirchenpolitisch suchte man die Nähe der BK, ohne den DC vor den Kopf zu stoßen; das Bemühen um Ausgleich dominierte das Verhalten. Anfangs war im Centralausschuss (CA) der IM eine mehrheitliche Zuneigung zur NS-Herrschaft vorherrschend. Die sozialpolitische Auseinandersetzung mit dem NS-Staat war die eigentliche Herausforderung, da er einerseits das überkommene Modell wohlfahrtsstaatlicher Hilfe strikt ablehnte und andererseits nationalsozialistisch bestimmte Wohlfahrtsorganisationen förderte. Restriktive gesetzgeberische Maßnahmen verschärften die finanzielle Lage der IM.

Die größten Herausforderungen für die IM in der Zeit des NS stellten die Zwangssterilisation und die Krankenmorde dar. Das punktuelle Sympathisieren von Entscheidungsträgern der IM mit dem NS schlug auch in diesen heiklen Fragen durch. »Eugenische« Fragen waren im kirchlichen Kontext schon lange vor 1933 kontrovers debattiert worden. Mit dem »Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses« von 1933 nahm die Diskussion in der IM Fahrt auf. Die Verrechtlichung der Sterilisation ließ die moralische Hemmschwelle insgesamt signifikant sinken. Erst als man die »eugenischen« Maßnahmen zwanghaft verfestigte und sie zudem von der medizinischen Funktionselite des NS ideologisch untermauerte, distanzierte sich das Leitungspersonal der IM in Teilen von den nationalsozialistischen Maßnahmen. Die couragierte Denkschrift des Lobetaler Anstaltsleiters Paul Gerhard Braune markiert eine Ausnahme, nicht die Regel. Handlungsspielräume für resistentes Verhalten wurden im Einzelfall genutzt, allerdings können sie das individuelle und auch institutionelle Versagen der IM,

der kein belastbares, ethisch-moralisches Wertesystem zugrunde lag, nicht ausgleichen. Angesichts des Krieges rückten Kirche und diakonische Einrichtungen näher zusammen und schufen eine Voraussetzung für den Weg der IM nach 1945.

Die Kirche ist wegen ihrer Mitwirkung am schulischen Religionsunterricht (RU) sowie durch religionspädagogische Angebote in den Kirchengemeinden traditionell ein wichtiger Akteur auf dem Gebiet der *Bildung*, die Partizipation an der Ausbildung von Theologiestudierenden eingeschlossen. Mit dem totalitären NS-Staat konnten sich Konfliktfelder im Spannungsfeld zwischen christlichem Bekenntnis und NS-Ideologie ergeben.

Der RU blieb zunächst ein ordentliches Lehrfach, das sich an den Grundsätzen der Religionsgesellschaften orientierte. Unter dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust vollzog sich allerdings seit 1937 eine sukzessive Abwertung des RU, nach Kriegsbeginn wurde der RU temporär an allen weiterführenden Schulformen gestrichen. Einzelne Initiativen zielten auf dessen inhaltliche Neuausrichtung in einem antisemitischen und völkischen Sinn. Für die BK war der prägende Einfluss der religiösen Erziehung eine fundamentale Herausforderung. Man entwickelte die Idee einer Schule mit biblischem Fundament und einem starken Christusbezug. Den RU nannte man in »Christenlehre« um, bevor der Krieg weitere Initiativen ausbremste.

Die Schulpolitik der Nationalsozialisten war lange Zeit ein Spielball im Geflecht unterschiedlicher politischer Interessen. Seit Mitte der 1930er Jahre setzte sich eine Politik der säkularen Entkonfessionalisierung des Schulwesens durch.

Innerprotestantisch fand der Kirchenkampf mit der schulischen Bildung auf einem umstrittenen Feld statt: Während die

DC darin eine Bildungsanstalt für urdeutsche Primärtugenden erblickten, machte sich die BK für die Konfessionsschule stark. Die Lehrkräfte aller Schularten hatten sich seit 1933 ideologischen Schulungen zu unterziehen.

Die theologischen Fakultäten waren vom »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« stark betroffen, da die Zahl der Dozierenden sich erheblich verkleinerte. Das Theologiestudium an staatlichen Hochschulen verlor in der NS-Zeit zunehmend an Attraktivität, die Zahl der Theologiestudierenden nahm rapide ab. Dagegen gestaltete sich die Studierendenarbeit der BK rege, seit 1935 waren von evangelischer Seite drei kirchliche Hochschulen mit der Theologenausbildung befasst (Bethel, Elberfeld, Dahlem), die trotz erlassener Verbote ihre Tätigkeit im Verborgenen fortsetzten.

5. Reaktion und Reflexion in Theologie und Kultur

Auch die akademische Theologie war spätestens mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Nationalsozialisten herausgefordert: Wie war die als nationaler Aufbruch erlebte Gegenwart im Kontext eines christlichen Geschichtsverständnisses zu deuten? Zudem löste der auch von kirchlicher Seite erwogene und rassistisch begründete Arierparagraph eine kontroverse theologische Debatte innerhalb der akademischen Theologie aus. Dann machte schon bald die ernüchternd kirchenfeindliche Religionspolitik der NS-Regierung eine staatsethische Positionierung der evangelischen Kirche erforderlich, die theologisch begründet sein wollte. Die sich mit dem Zweiten Weltkrieg dramatisch zuspitzenden Staatsverbrechen der NS-Diktatur erforderten schließlich eine

theologisch reflektierte Einsicht eines christlich motivierten, resistenten Verhaltens.

Das *theologische Feld*, wie es sich in den Weimarer Jahren herausgebildet hatte, bot ein breites Spektrum theologischer Ansätze, die seit 1933 um die Deutungshoheit der aktuellen Geschehnisse unter der NS-Herrschaft konkurrierten. So schillernd und eingängig sie sich im Einzelfall darstellten, so deutlich offenbarten alle im Kern ein theologisches Defizit: Weder Luthers sog. Zwei-Reiche-Lehre, die von den lutherischen Theologen häufig allzu einseitig auf ihre Trennungsimpulse zwischen beiden Reichen hin interpretiert wurde, noch Karl Barths von der Dialektischen Theologie gespeiste offenbarungstheologische Akzentuierung mit ihrer (damals verdienstvollen) Zurückweisung jeder deutschchristlichen Synthese von Christentum und Nationalsozialismus – »Theologie und nur Theologie treiben!« [Barth, 3] – und auch nicht das von Paul Althaus und Emanuel Hirsch mit dem ersten Glaubensartikel begründete kongruente Verständnis von göttlicher und weltlicher Ordnung, die ihnen eine Einbindung nationaler Werte in das theologische Denken ermöglichte, vermochten das anzubieten, woran es allenthalben in theologischer Hinsicht mangelte. Gefordert war eine Theologie, die zwischen Offenbarung und Geschichte so vermittelte, dass eine wachsame kritische Begleitung des öffentlichen Raumes für die evangelische Seite begründbar und realisierbar gewesen wäre. Die BTE und auch die Denkschrift der zweiten Vorläufigen Kirchenleitung an Hitler setzten Gegenakzente, aber das Grundproblem vermochten auch sie nicht zu lösen. Mangels eines zweckmäßigen theologischen Konzepts und wegen einer übertriebenen Besorgnis um die eigene Kirche verzichtete man auf eine öffentlich-kritische Begleitung der ge-

sellschaftlichen und politischen Entwicklung im NS-Deutschland.

Die Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche musste im Bereich der *Kultur* und deren freiheitsbetonten Handlungsfeldern wie Kunst, Literatur und Musik besondere Härten erzeugen, wenngleich in Bezug auf die zurückliegende Weimarer Zeit weite Teile der deutschen Bevölkerung eine »Kulturkrise« diagnostizierten, von der man sich nunmehr eine »Gesundung« erhoffte. Der mehrheitlich nationalkonservative Protestantismus bildete dabei keine Ausnahme, sondern unterstützte die grundsätzliche Richtung der NS-Kulturpolitik gegen die »Verirrungen« der Weimarer Moderne.

Die Bücherverbrennungen in vielen deutschen Städten am 10. Mai 1933 fingen die Unvereinbarkeit der totalitären Kulturpolitik der Nationalsozialisten mit dem liberalen Geist der Weimarer Jahre symbolisch verdichtet ein. Die »verbrannten« Dichterinnen und Dichter mussten emigrieren, etliche traten in ihrer Verzweiflung ganz aus dem Leben. Heimatverbundene und nunmehr ideologisch linientreue Pastoren wie Gustav Frenssen besetzten mit großem Erfolg jene Plätze in der Literaturproduktion, wie sie u. a. der exponierte Lyriker Gottfried Benn als Pfarrerssohn nach seinem Ausschluss aus der Reichsschrifttumskammer freimachen musste.

Auch die evangelische Publizistik bekam die Restriktionen des NS-Regimes zu spüren. Denn die bis auf die Reformation zurückführende, ungebundene, der eigenen Überzeugung folgende journalistische Schriftstellerei vertrug sich nicht mit der egalisierenden Intention der Reichsschrifttumskammer. Ideologische Infiltration sowie presserechtliche Restriktionen erschwerten der evangelischen Presse das Geschäft, bis 1941 die kirchlich-religiöse Presse verboten wurde. Auch alle weiteren